



Klares Thurgauer Nein zur Ferieninitiative

Das Thurgauer Komitee „Nein zur Ferieninitiative“ lehnt die Vorlage vom 11. März 2012 entschieden ab. Ständerätin Brigitte Häberli hielt fest, dass das bestehende liberale Schweizer Arbeitsrecht ein Erfolgsmodell sei. Es erlaube den Unternehmen, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren und damit Arbeitsplätze zu erhalten. Die Ferieninitiative wolle eine starre Verfassungsregelung. Das sei unzeitgemäss. Christian Lohr, CVP-Nationalrat aus Kreuzlingen, kritisierte die sozialen Mängel der Initiative. Sie bringe mehr Stress und könnte zu wachsendem Lohndruck zulasten der Arbeitnehmenden führen. Für die Schweiz seien auch in Zukunft sozialpartnerschaftliche Lösungen der richtige Weg. „Unser funktionierendes System mit einem ausgeglichenen Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität darf nicht destabilisiert werden“, hielt er den Initianten entgegen.

Für Gewerbe nicht verkraftbar

Christian Neuweiler, Präsident der Industrie- und Handelskammer Thurgau und selbst Unternehmer, wies darauf hin, dass es bereits heute viele branchenspezifische Regelungen gebe, die über das gesetzliche Minimum von vier Wochen Ferien hinausgingen. Eine starre Regelung von sechs Wochen sei jedoch in der aktuellen Wirtschaftslage ein gefährlicher Eingriff in den Arbeitsmarkt. Bei einer Annahme der Initiative drohe eine Mehrbelastung von rund 6 Milliarden Franken. Peter Schütz als Präsident des Thurgauer Gewerbeverbandes fand ebenfalls deutliche Worte: „88 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz beschäftigen weniger als 10 Personen. Die Initiative ist ein Arbeitsplatzkiller, kleine Betriebe können keinen weiteren Anstieg der Arbeitskosten mehr verkraften.“

Auch Landwirtschaft sagt Nein zur Ferieninitiative

6 Wochen Ferien für alle seien in der Landwirtschaft nicht umsetzbar. Die Ertragslage der meisten Landwirtschaftsbetriebe liesse es nicht zu, für die Überbrückung von Ferientagen zusätzliche Mitarbeiter einzustellen. Die Ausfälle müssten durch die Betriebsleiterfamilie aufgefangen werden. Dies, so Markus Hausammann, Präsident des Verbandes Thurgauer Landwirtschaft und Nationalrat hätte auch soziale Folgen für die bäuerlichen Familienbetriebe. Die Initiative sei klar abzulehnen.

12.2.2012 BKA

Co-Präsidium:

Roland Eberle, Frauenfeld (Ständerat SVP); Brigitte Häberli-Koller, Bichelsee (Ständerätin CVP); Markus Hausammann, Langrickenbach (Nationalrat SVP); Christian Lohr, Kreuzlingen (Nationalrat CVP), Christian Neuweiler, Zuben (Präsident IHK Thurgau); Peter Schütz, Wigoltingen (Präsident Thurgauer Gewerbeverband, Kantonsrat FDP), Peter Spuhler (Nationalrat SVP).

www.ferieninitiative-nein.ch ♦ www.thurgauerkomitee.ch

Telefon 071 463 15 69 ♦ Fax 071 460 09 45 ♦ info@thurgauerkomitee.ch